

BRENNPUNKT



ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN GRUPPE NEUKÖLLN

TOTAL
FREEDOM
FOR GREEK
ANARCHIST

IMOS
SIDIS



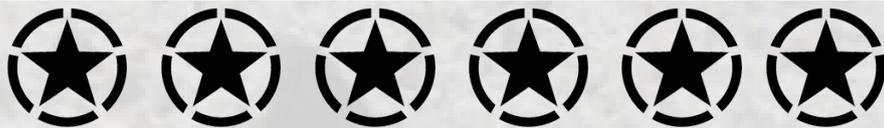
ANYONE WHO
DEFENDS A
BANK
IS EITHER
A FOOL
OR A COP!

THEMEN

Gentrifizierung und Sicherheit
Refugee-Proteste
Geschichtsrevisionismus
uvm.

NR.1 2013

VORWORT



Im Herbst 2010 setzten sich einige Menschen zusammen, um über die Gründung einer neuen politisch aktiven Gruppe, der „Anarchistischen Gruppe Neukölln“, zu diskutieren. Ein wichtiger Grund war das Bedürfnis, unsere verschiedenen Erfahrungen, die wir in Initiativen, Gruppen und anderen Zusammenhängen an verschiedenen Orten gesammelt haben, zu teilen, und gemeinsam für die Perspektive einer herrschaftsfreien und solidarischen Gesellschaft zu streiten.

Vieles, worüber wir geredet haben, ist kurz darauf auch in die Realität umgesetzt worden: Veranstaltungen und ein Seminar über die „Einführung in die Kapitalismuskritik“, die Herausgabe unseres Infoblattes „Brennpunkt“, diverse Diskussionsabende über viele verschiedene Themen und praktische Solidarität mit Menschen, Projekten und Kämpfen gehörten zu unseren Tätigkeitsfeldern.

Im November 2011 sind wir als Gruppe ein Teil der „Anarchistischen Förderung Berlin“ geworden, welche im „Forum deutschsprachiger Anarchist_innen“, dem FdA, vertreten ist. Durch den Beitritt des „Anarchistischen Netzwerk Südwest“ Ende 2012 ins Forum ist das bisherige Forum zu einer Förderung, also der „Förderung deutschsprachiger Anarchist_innen“ herangewachsen. Die FdA wiederum ist ein Teil der IFA, der Internationalen Anarchistischen Förderung. Also ein weitgreifendes anarchistisches Netz diverser Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen mit der Möglichkeit zum Austausch von Informationen und gemeinsamen Aktionen.

Bis April 2012 hat sich die Gruppe an vielen Aktivitäten in Neukölln und Berlin, aber auch überregional, beteiligt. Jedoch haben sich in der Folgezeit einige Leute aus verschiedensten Gründen dem Projekt abgewendet, woraus sich ergab, dass die Gruppe zwischen April und Oktober 2012 weitestgehend in einer Phase der Um- und Neustrukturierung steckte (welche aber zugleich auch als ständig andauernder Prozess zu betrachten ist).

Nach einer kurzen Durststrecke wehte mit vielen interessierten und motivierten Menschen ein frischer Wind in unsere Gemeinschaft und hat uns dadurch neuen Auf- und Antrieb gegeben.

Seitdem sind wir mit großen Schritten vorangeschritten, haben positive Ergebnisse erzielt (durch die Unterstützung von Projekten, wie z.B. dem Flüchtlingscamp und dem „Zwangsräumungen verhindern“-Bündnis) und haben weiterhin neue Erfahrungen gesammelt, welche wir auch auf unterschiedlichste Art und Weise (Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin, Workshops, Texte, Tresen- und Diskussionsabende, etc.) weitergeben konnten und auch in Zukunft weitergeben werden.

Aus dieser Motivation heraus haben wir uns dazu entschlossen, das Infoblatt „Brennpunkt“ zu reaktivieren, welches zukünftig wieder im vierteljährlichen Rhythmus erscheinen wird.

Wir blicken gespannt und hoffnungsvoll in die Zukunft.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender_in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender_in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Verteiler_in bzw. Absender_in ist nicht identisch mit den Ersteller_innen.

Sprache

Wir benutzen in dieser Zeitschrift den sogenannten Gender Gap, also schreiben etwa Freund_innen, anstatt Freunde. Das hat den Sinn, das wir damit auch Menschen berücksichtigen wollen, die sich nicht nur bzw. gar nicht als ausschließlich männlich oder weiblich verstehen.



Impressum

Brennpunkt, 1. Ausgabe, April 2013

Herausgeber_innen: Anarchistische Gruppe Neukölln
V.i.s.d.P.: Petra Schwarz, Karl-Marx-Straße 161, 12953 Berlin
Auflage und Druck: 500 Stück, Eigenverlag

INHALT

- 04** **We will rise**
Refugee-Proteste - Deutschland und International
- 07** **Interview mit einem Aktivistin der**
Proteste der Geflüchteten in Berlin
- 09** **Und Tschüss**
Von Gentrifizierung und Repression
- 10** **Die Geschichte und ihre Deutungsmöglichkeiten**
Einleitung zur Artikelreihe
- 12** **Stauffenberg**
Erster Teil der Reihe zum Thema Geschichtsrevisionismus
- 14** **Selbstverständnis und Termine**
- 15** **Kontakt und Vernetzung**





We will rise

Refugee Proteste - Deutschland und International



In Deutschland, sowie in anderen Staaten Europas, haben es Menschen, die nach Asyl suchen, nicht leicht. Sie verlassen ihre Heimatländer aus verschiedensten Gründen, wie z. B. Flucht vor politischer und religiöser Verfolgung, Krieg oder anderweitigen unzumutbaren Lebensbedingungen.

Flüchtlinge werden von den deutschen Behörden gezwungen in heruntergekommenen Lagern zu leben – abgeschnitten von der Gesellschaft und Angriffen durch Neonazis ausgesetzt.

Dazu kommt die für Asylbewerber_innen geltende Residenzpflicht. Residenzpflicht ist das Gesetz, das Flüchtlinge dazu zwingt, in einem vorgeschriebenen Landkreis zu verbleiben und das sie durch Geld- und Gefängnisstrafen davon abhält beispielsweise Verwandte in einem anderem Landkreis zu besuchen. Dieses Gesetz ist de facto eine Fortsetzung kolonialen Herrschens. Es wurde von den Kolonialmächten erfunden, um die Menschen in den besetzten Ländern zu kontrollieren und zu unterdrücken. Deutschland ist der einzige (ehemalige) Kolonialstaat, der dieses Gesetz nun im eigenen Staat gegen (ehemals) kolonialisierte Menschen einsetzt.

Der Genfer Flüchtlingskonvention zufolge darf ein Flüchtling nicht in ein Land ausgewiesen werden, in dem ihm oder ihr eine Gefahr für Leben oder Freiheit droht. Durch die europäischen Abschottungsstrategien und die deutsche Abschiebepaxis verlieren viele Flüchtlinge jedoch ihre Freiheit oder ihr Leben.

Ein Beispiel hierfür ist der Start eines Flugzeugs vom Düsseldorfer Flughafen am 18.09.2012. Die Maschine startete unter Ausschluss von Presse und Öffentlichkeit, um Menschen gegen ihren Willen und ihre Entscheidung zu einem anderen Ort zu bringen. So geschah eine weitere Massenabschiebung, die wiederum allen zeigt, dass die Politik durch die Absprachen der Mächtigen entschieden wird und die Trennung von Menschen in „Ausländer_innen“ und „Inländer_innen“ ein Teil des politischen Handelns der Politiker_innen bildet.

Durch diese Methoden der Asylpolitik wird systematisch psychischer Druck auf die Flüchtlinge ausgeübt, welcher die Menschen teilweise bis in den Suizid treibt. Gründe dafür sind die Erlebnisse während der langen Wartezeiten bis zur Bearbeitung des Asylantrags und die Erschöpfung durch das Lagerleben. Außerdem die Unterkunft auf engstem Raum mit mehreren anderen Menschen, das rassistische Verhalten durch die Ausländerbehörde, Polizei und auch durch die Nachbar_innen. So wird für sie das Leben in dem Lager zu einem Gefängnis, in welchem von niemanden Unterstützung zu erwarten ist.

Tatsächlich sind Suizide keine Einzelfälle, was uns zuletzt die Selbstmorde von Samir Hashemi am 4. September in der Nähe von Stuttgart und von Mohammad Rahsepar am 28. Januar 2012 in Würzburg zeigten.

Der Protest in Deutschland

Seit März 2012 befinden sich die Flüchtlingsaktivist_innen in Deutschland im Dauerprotest, um gegen die menschenunwürdigen Bedingungen zu protestieren, in denen sie gezwungen sind zu leben.

Begonnen haben die Proteste mit einem mehrere Wochen andauernden Hungerstreik in Würzburg. Mehrere Flüchtlinge haben ihre Aufenthaltsgenehmigungen öffentlich zerrissen und die zerrissenen Papiere an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gesendet, um zu demonstrieren, dass ihre Aufenthaltsgestattungen sowie ihre Duldungen mit einer

>> Stopp aller Abschiebungen. Abschaffung der Residenzpflicht. Abschaffung der Unterbringung in Lagern<<

begrenzten Gültigkeit und diskriminierenden Regelungen Teil einer unmenschlichen Asylpolitik sind.

Die Forderungen an die Behörden sind folgende: Stopp aller Abschiebungen. Abschaffung der Residenzpflicht. Abschaffung der Unterbringung in Lagern

Daraus folgte der über 600 km lange Protestmarsch von Würzburg nach Berlin. Am 06. Oktober erreichten der Flüchtlingsmarsch und die Flüchtlinge aus den jeweiligen Protestzelten die Hauptstadt und errichteten dort zur Weiterführung des Kampfes das Protest Camp am Oranienplatz. Seit den Anfängen in Würzburg gibt es inzwischen in 11 Städten in 5 verschiedenen Bundesländern sogenannte Protestcamps.

Seit der Ankunft in Berlin wurde der Kampf von vielen Aktivist_innen unterstützt und gestärkt, viele Aktionen wurden durchgeführt:

- **13. Oktober:** Über 5000 Menschen unterstützten den Streik in Berlin bei einer Demonstration zum Bundestag.
- **15. Oktober:** Die nigerianische Botschaft, die für ihre willige Kollaboration mit den deutschen Behörden bei der Durchführung von Abschiebungen bekannt ist, wurde besetzt.
- **24. Oktober:** Einige Mitstreiter_innen der Geflüchteten errichteten am Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor ein 2. Camp in Berlin und gingen dort in den Hungerstreik.
- **28. November:** Es wurde sich Zutritt zu dem Gelände der iranischen Botschaft verschafft, welche mit grünen Farbbomben verziert und die dort wehende Nationalflagge entsorgt wurde.

Am 08. Dezember haben sich die Streikenden vor dem Brandenburger Tor dazu entschieden, den Standort zu verlassen, um eine alte Schule in Kreuzberg in der Ohlauerstraße zu besetzen. Seitdem leben dort mehr als 70 Menschen, um sich zu erholen und zu neuen Kräften zu kommen. Unterdessen ist der Standort am Oranienplatz, im Herzen von Kreuzberg, weiterhin Zentrum der politischen Aktivität, des Austausches und der Koordinierung mit anderen Initiativen in Deutschland, aber auch international.

Dies waren nur einige Beispiele der Aktivitäten, die durch die Protestbewegung ins Leben gerufen wurden.

Aber während all dieser Protestaktionen hatte der Staat nicht tatenlos zugesehen. Den Hungerstreikenden am Pariser Platz wurden bei eisigen Temperaturen immer wieder wichtige Utensilien, wie Zelte, Sitzgelegenheiten, De-



cken, Kissen und Schlafsäcke, von der Berliner Polizei entwendet und sie waren ständigen Schikanen ausgesetzt. Bei der Besetzung der nigerianischen Botschaft wurden 28 Aktivist_innen verhaftet, welche dort mit kaltem Wasser bespritzt und auch weiteren körperlichen Angriffen ausgesetzt wurden. Aktivist_innen, die außerhalb des Botschaftsgebäudes protestierten, wurden von der Polizei mit Pfefferspray attackiert. Mindestens zwei Personen sind vor der Botschaft verhaftet worden.

Am 26. Februar startete die „Refugee Revolution Bus Tour“ in Berlin, welche 3 Wochen lang durch Deutschland fährt und in verschiedenen Städten Flüchtlingslager aufsucht. Dort sollen die Menschen über den Protest und die Bewegung informiert und zur großen Demonstration am 23. März in Berlin aufgerufen werden. Am 08. März nach dem Halt vor der LASt (Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge) in Karlsruhe ging die Karlsruher Polizei mit Teleskopschlagstöcken und Hunden gegen die Teilnehmer_innen der Infoveranstaltung vor. „Wir haben in Leipzig, Augsburg und Reutlingen demonstriert, nie kam es zu derartigen gewalttätigen Übergriffen wie heute in Karlsruhe. In Reutlingen konnten wir durch Blockaden sogar Gespräche mit dem Bürgermeister erreichen“, so einer der Flüchtlinge der Refugees' Revolution Bus Tour. Am darauf folgenden Tag fanden sich spontan ca. 100 Menschen zu einer Solidaritätsdemo in der Karlsruher Innenstadt zusammen. In Köln mobilisierten die Flüchtlinge der Bustour mit einer Gruppe von Unterstützer_innen am 10. März vor dem Flüchtlingslager in der Geißelstraße in Köln-Ehrenfeld zu einer angemeldeten Kundgebung für die Rechte der Flüchtlinge am Abend. Als sie das Gelände verlassen wollten, wurde ihnen der Ausgang von einem Großaufgebot der Kölner Polizei versperrt. Schon nach kurzer Zeit fingen die Polizist_innen an, einzelne Personen, insbesondere die Flüchtlinge, gewaltsam aus der Gruppe heraus zu zerren. Es wurden 19 Menschen verhaftet und brutal mit Faustschlägen, Pfefferspray und Schlagstöcken gegen die Festgenommenen vorgegangen. In dem Polizeipräsidium in Köln-Kalk gingen die rassistischen Schikanen der Polizei weiter: Sie wurden isoliert eingesperrt, mussten sich mehrfach nackt ausziehen, wurden beschimpft, teilweise dauernd wach gebrüllt und Decken zum Schlafen verweigert. Im Laufe der Nacht wurden die Refugees und Aktivist_innen nach und nach wieder freigelassen. Mit dieser massiven Repression hat der Staat erfolgreich die Protestaktion am Abend verhindert. In Berlin demonstrierten daraufhin am frühen Abend des 11. März ca. 300 Geflüchtete und Unterstützer_innen gegen die brutalen und völlig unverhältnismäßigen Polizeiangriffe auf die Refugee Revolution Bus-Tour am Vortag Köln und am 08.03.2013 in Karlsruhe. Dabei wurde mit Plakaten auch zur Teilnahme an der Refugee-Revolution-Demo aufgerufen. Am 20. März endet die Infotour wieder in Berlin, um vor Ort noch



Transparent am Protestcamp am Oranienplatz in Kreuzberg

die letzten Demovorbereitungen zu unterstützen. Die Demo zum einjährigen Jubiläum der Proteste soll das Schweigen durchbrechen und die Forderungen hochhalten, um die Revolution der Flüchtlinge voranzubringen.

Internationaler Protest

In den letzten 12 Monaten haben die Proteste der Flüchtlinge in unterschiedlichster Form Früchte getragen und wichtige Veränderungen in einigen Ländern mit sich gebracht. Von Mai an begannen weitere Streiks in Dänemark, der Türkei, Bulgarien, Griechenland, Frankreich, Holland und Österreich.

In den beiden letztgenannten Fällen, also in Holland und Österreich, hat die Polizei die Protestcamps niedergedrückt, weswegen die Flüchtlinge an einem anderen Ort ihren Protest fortsetzen müssen. Deshalb sind die zur Zeit noch klar sichtbaren Punkte des Widerstands die Solidarität und der Zusammenhalt in den Kämpfen in Deutschland, Holland und Österreich.

Anfang Dezember wurde in Amsterdam das Camp in Osdorp geräumt, das dort seit 3 Monaten die Basis der Selbstorganisation von Flüchtlingen war. Bei der Räumung wurden 96 Personen festgenommen. Davon wurden elf abgeschoben, die übrigen freigelassen. Mit Unterstützung von Aktivist_innen wurde die unbenutzte St. Josef Kirche besetzt, um von dort aus ihren Kampf fortzusetzen.

Auch in Österreich haben die Behörden versucht, den Protest der Flüchtlinge zum Schweigen zu bringen. Dabei haben sie jedoch nicht mit der Entschlossenheit der Bewegung und der internationalen Solidarität gerechnet. Am 10.11.2012 demonstrierten rund 250 Menschen in Wien gegen die unmenschliche Behandlung von Asylsuchenden in der Europäischen Union. Der Protest war ein Zeichen der Solidarität mit den Widerstandskämpfer_innen in Berlin, die sich zu dem Zeitpunkt im Hungerstreik befanden. Am 24.11. organisierten die Flüchtlinge einen Marsch von Traiskirchen nach Wien. An dem Marsch nahmen 100 Asylwerber_innen und 40 Sympathisant_innen teil, um in der Bundeshauptstadt ein Protest-Zeltlager zu errichten. Dort angekommen wurden vor dem

Parlament und dem Innenministerium viele Demonstrationen mit zahlreichen Leuten auf die Beine gestellt. Die österreichische Politik zeigte aber keinerlei Reaktionen, kommunizierte nur über die Presse und ging auf keine der Forderungen der Bewegung ein. Neben den 16 Forderungen, von denen sich viele speziell auf das Lager von Traiskirchen beziehen, gibt es noch die 2 globalen Hauptforderungen: Zugang zum Arbeitsmarkt und Recht auf Asyl.

Am 28. Dezember wurde das Refugee-Protest-Camp inmitten von Wien geräumt. Das Camp wurde von der Polizei komplett zerstört und dem Erdboden gleich gemacht. Einige Refugees und Unterstützer_innen haben sich schon Tage vor der Räumung dazu entschlossen, die benachbarte Votivkirche zu besetzen. Etwa 800 Leute gingen in Form einer Demo gegen die Räumung des Protestcamps in Wien auf die Straße. Auch in Linz, Salzburg, München und Berlin zeigten die Leute, dass dies ein gemeinsamer Protest von Flüchtlingen überall in Europa ist. Am 20. Januar wurde zu einer Großdemonstration unter dem Motto „Yes is an option too – Man kann auch ja sagen“ aufgerufen. Mit 600 Leuten zog die Demo am Parlament vorbei zu einer Zwischenkundgebung vor dem Eingang der Votivkirche, in der sich etwa 40 Menschen befanden, die seit ca. 4 Wochen im Hungerstreik waren.

Am 23. Januar unterbrachen sie den Hungerstreik für 10 Tage. „Die Unterbrechung ist ein Kompromissangebot von uns. Wir haben die Hoffnung nicht aufgegeben, dass von der Regierung ein Verhandlungsangebot kommt. Wir wollen bei Kräften sein, wenn jemand mit uns verhandelt.“, meinte ein Sprecher der Flüchtlinge. Am 01. Februar wurde der Hungerstreik wieder aufgenommen, da es vonseiten der Regierung keinerlei Versuche gegeben habe, ihre Forderungen zu erfüllen, ihre Probleme zu lösen, ihren Aufenthalt zu legalisieren. In der Votivkirche wurden seit der Besetzung immer wieder Pressekonferenzen abgehalten, um über die aktuelle Situation und weitere Aktionen zu sprechen. Nach wochenlangem Schweigen in der Sache antwortete Bundespräsident Heinz Fischer am 14. Februar auf ein an ihn gerichtetes Schreiben eines protestierenden Re-

fugees. Darin bat er ihnen die Hilfe im Rahmen der geltenden Gesetze an. Der Präsident hatte auch appelliert, dass die Flüchtlinge die Kirche verlassen und angebotene Ersatzquartiere annehmen sollten. Am 18. Februar beendeten die Geflüchteten ihren Hungerstreik. "Wir freuen uns, dass uns der Präsident von Österreich sich in einem Brief mit uns ins Gespräch gesetzt hat und sehen darin ein Zeichen, dass unser Anliegen gehört und hoffentlich ernst genommen wird", sagte einer der Flüchtlinge. Die Entscheidung wurde nach der erfolgreichen Groß-Demonstration am 16.02. und nach intensiven Diskussionen getroffen. "Die Solidarität der Zivilgesellschaft und vor allem das Gespräch mit unseren Freunden und Unterstützern hat uns in dieser Entscheidung bestärkt". Am 03. März sind die Refugees aus der Votivkirche ins Servitenkloster in Wien gezogen. Nach mehr als zwei Monaten in der Votivkirche also nun eine neue Etappe des Refugee-Protestes. Aus einem Pressebericht der Protestbewegung:

Mit dem Kloster wurde ein neuer, offener und sicherer Ort für die protestierenden Flüchtlinge gefunden. Einerseits steht dort Rechtsberatung und -vertretung zur Verfügung, um die individuellen Asylfälle professionell zu überprüfen und zu bearbeiten, andererseits wird gemeinsam mit NGOs für notwendige Veränderungen im Asylsystem gekämpft. Mit dem Umzug in das Kloster kommen die Flüchtlinge der Pflicht zur Meldung und auch der Mitwirkung an ihren Fällen nach, sodass, wie schriftlich vom Bundesministerium für Inneres bestätigt wurde, keine Schubhaft verhängt werden wird.

Das Kloster wird als Flüchtlingsheim geführt, was den neuen Bewohnern Grundversorgung ermöglicht. Modellhaft und zukunftsweisend werden die Flüchtlinge bei der Gestaltung ihres Lebensraums selbst Verantwortung übernehmen, so ist geplant, dass die Flüchtlinge bei der Renovierung aktiv mitwirken, die Küche mitbetreiben etc.



9. Tag des Hungerstreiks in der Wiener Votivkirche

Der Flüchtlingskongress

Der lange Streik der Geflüchteten erfuhr bisher viele Höhen und Tiefen. Während dieser langen Auseinandersetzungen und Kämpfe mit rassistischen Systemen konnte die Bewegung an Entschlossenheit und Erfahrung wachsen. Durch den internationalen Austausch, vor allem mit Holland und Österreich, wurde beschlossen, eine gemeinsame kritische Analyse und weiteren Ideen zusammenzutragen.

Dafür ist ein bundesweiter Kongress unabdingbar. Das Hauptziel dieses Kongresses ist die Bildung von unabhängigen Räten, die vollständig von protestierenden Flüchtlingen selbst organisiert sind und als solidarisches Kollektiv gemeinsam Strategien ihres Widerstands ausarbeiten und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Circa 300 Menschen besuchten den dreitägigen Kongress im Münchner Gewerkschaftshaus. Der Refugee Struggle Congress war ein starker Auftakt, um die bisher dezentralen Protestgruppen neu zu organisieren. Zukünftig soll es zentraler, entschlos-

sener und selbstbestimmter vorangehen. Die Flüchtlinge erhoffen sich einen großen Schritt für ihre selbstorganisierte Unabhängigkeit und für ein Widerstandskollektiv für all die, denen das System mit all seiner Macht ihre menschlichen Rechte abspricht und zu negieren versucht.

Im Sommer 2013 soll in Berlin ein internationales Tribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland stattfinden. Bei diesem Tribunal soll Migrant_innen und Flüchtling der Raum und die Zeit gegeben werden, um ihre Klagen gegen die Regierung öffentlich zu erheben. Der Regierung wird vorgeworfen, mitverantwortlich zu sein für die tägliche Generierung von Fluchtursachen, für das Morden an den europäischen Außengrenzen und für das psychische und physische Leid, das Flüchtlinge und Migrant_innen in Deutschland tagtäglich erleben. Es ist geplant, die Klagen und die Beweisführung von drei Gruppen vorzutragen: Von den Opfern und ihren Familien, von Fachexpter_innen und von den Selbstorganisationen der Flüchtlinge und Migrant_innen. Organisiert wird es von dem Netzwerk der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen.

Die Protestbewegung und gerade auch das Protestcamp in Berlin am Oranienplatz benötigt weiterhin Unterstützung, z.B. bei den Schichten am Infopoint und für den Schutz des Camps. Solidarisiert euch mit der Bewegung und bringt euch ein, wo ihr könnt!

Das Recht auf Asyl besitzen wir als Menschen. Es ist kein Recht, was uns von der Regierung gegeben werden kann. Es liegt nicht in ihrer Entscheidung – es ist ein Muss!

Auf folgenden Seiten findet ihr mehr Infos und Neuigkeiten zu den Protesten:



Seite des Refugee-Protests in Berlin
www.asylstrikeberlin.wordpress.com

Protestcamp auf dem Oranienplatz
www.refugeetentaction.net

Übersicht über die bundesweite Info-Bustour und die Großdemo vom 23.3
www.refugeerevolution.blogspot.de

Refugee-Proteste in Wien
www.refugeecampvienna.noblogs.org



Interview mit einem Aktivistin des Protests der Geflüchteten in Berlin

Was musstest du tun, um nach Deutschland zu kommen und um hier zu bleiben?

Ich musste um Asyl bitten, aber sie lehnten es ab. Sie sagten, ich hätte kein Recht, um Asyl zu bitten.

Konntest du deinen Wohnort selbst wählen?

Nein. Er wurde von der Ausländerbehörde ausgewählt. Sie suchen ihn für uns aus.

Wie waren die Lebensbedingungen in dem Lager, in dem du untergebracht wurdest?

Die Bedingungen zwangen mich, das Lager zu verlassen und auf die Straße zu gehen. Die Situation ist wirklich nicht gut, es ist unmenschlich. Wir werden wie Gefangene behandelt, deshalb sehe ich die Lager als Gefängnisse an. Als menschliches Wesen weiß ich genau: mir reicht's. Unter diesen Bedingungen kann ich es nicht mehr aushalten. In dieser Situation hab ich das Lager verlassen, ging auf die Straße und begann in Zelten zu leben, was ich immer noch tue.

Wurdest du diskriminierend oder rassistisch behandelt von Behörden oder Politik?

Ja, von Politikern, aber ebenso von der Gesellschaft. Wie ihr wisst, ist Bayern ein sehr konservatives Bundesland, deswegen sah ich eine Menge Diskriminierungen und Rassismus dort. Sogar die Polizisten selbst sind Rassisten, wie ich heraus finden musste. Das sehe ich als ein Problem.



Wann begannen die Proteste in Deutschland und was waren die Auslöser dafür?

Im März starteten wir eine Kampagne und die organisierten Lager in Würzburg, Regensburg, Nürnberg, Baden-Württemberg, Passau, München, Düsseldorf und hier in Berlin. Aber hauptsächlich begann der Protest in Bayern. Dort sahen wir uns mit ernsthaften Problemen konfrontiert und die meisten unserer Freunde verloren ihr Leben, und wir verloren sogar unseren Freund aus Afghanistan, der in Würzburg Selbstmord beging. Das war eines der unmittelbaren Geschehnisse, die uns zwangen, die Lager zu verlassen. Aber es gibt viele schwierige Situationen, denen wir begegnen, wie Abschiebungen, Residenzpflicht, Lagerpflicht, Arbeitsverbot, Bildungsbeschränkungen, kein Schulrecht, kein Recht auf Asyl. Die Asylverfahren sind sehr brutal. Die Regierung kümmert sich nicht mehr um unser Asyl. All das zwang uns, die Lager zu verlassen und den Protest zu starten.

Was sind eure Forderungen?

Für unseren Ausbruch, den Bruch mit der Isolation, dem Schweigen und der Angst, hatten wir viele verschiedene Beweggründe, wie ich bereits erwähnte. Aber aus diesen wählten wir drei für die Medien aus, und die meisten davon sind schwer wiegend, weil mit ihnen Tötungen einhergehen. Also wählten wir die Abschaffung von Abschiebungen, Lagerpflicht und Residenzpflicht. Das sind unsere drei Forderungen für die Medien. Aber gleichzeitig fordern wir das Recht auf Arbeit und das Recht auf schulische Ausbildung.

Wart ihr viel Repression ausgesetzt, als der Protest anfang?

Während des Protests gab es viel Repression. Als unsere Freunde in Düsseldorf damit begannen, verbot ihnen die Polizei, ihre Zelte aufzustellen, sie sollten sie offen lassen und nicht darin schlafen. Das war ein großer Skandal, der sogar unsere Unterstützer dazu zwang, die Büros der Behörden in Düsseldorf zu besetzen. Sie forderten, dass es den Flüchtlingen erlaubt sein sollte, ihre Zelte aufzustellen. Danach gab es eine Konferenz und sie erlaubten es. Die Polizei gab Auflagen vor, nachts nicht zu schlafen, was uns dazu zwang, die Nacht ohne Schlaf zu verbringen. Wir mussten Ausschau halten und die Zelte offen lassen. Wir konnten sie nicht schließen. Uns wurden so viele Einschränkungen auferlegt, aber zum Wohle unseres Protestes versuchten wir, die polizeilichen Anordnungen zu vermindern. Erst mussten wir andere Probleme lösen, wie den Ausbruch aus der Residenzpflicht. Die Polizei versuchte, das zu verhindern, aber schließlich waren wir erfolgreich und brachen aus und jetzt sind wir hier in Berlin. Hier haben wir auch Auflagen, aber wir versuchen sie anzunehmen, und das ist der Grund, weshalb wir unseren Protest immer noch fortsetzen.

Wieso entschied sich die Flüchtlingsbewegung dazu, nach Berlin zu gehen?

Nach Berlin zu gehen war ein symbolisches Zeichen des Widerstands und um die Regierung, die Bundesrepublik Deutschland, wissen zu lassen, dass wir Menschen sind, die gleiche Rechte, gleiche Freiheit, Frieden und Würde verdienen, genau wie deutsche Menschen, europäische Menschen, was auch immer. Deshalb sagen wir „Nein, lasst uns jetzt gehen“ und wir wollen das

ganze Land, die ganze Welt wissen lassen, was in einer jungen, sogenannten demokratischen Regierung mit Flüchtlingen und Migranten passiert. Und wir wollten natürlich einen Wandel der Situation, in der wir uns befinden und das wird Berlin für die ganze Gesellschaft zum Mittelpunkt und zum Symbol unseres Widerstand machen.

Wie haben euch die Leute empfangen in den Städten, durch die euer Marsch nach Berlin ging? Waren es gute oder schlechte Erfahrungen?

Ich denke, es war eine gute Erfahrung. Es gab erst einige Herausforderungen, aber dennoch war es eine gute Erfahrung, die uns mehr Mut gab unseren Protest, unseren Streik, fortzuführen.



Solidaritätstransparent auf der Refugee-Revolution Demo am 23. März in Berlin

Wie war eure Ankunft in Berlin und der Aufbau des Camps am Oranienplatz?

Wir wurden sehr herzlich empfangen. Es waren nicht einmal wir, die die Zelte errichteten. Menschen, die uns unterstützen, die uns herzlich willkommen hießen, waren es, die die Zelte aufbauten. Die uns erwarteten, die glauben, dass alle Menschen gleich sind und dass wir die gleiche Würde verdienen. Also besetzten sie diesen Platz und errichteten Zelte. Die Unterstützer haben alles organisiert: Essen und alles was ihr in den Zelten seht. Wir wurden also gut empfangen und wir werden immer noch gut unterstützt. Die Menschen bringen immer noch Essen, waschen unsere Kleider, bieten uns eine Dusche, ein Bad und einen Platz zum Schlafen an, Ausbildung, Kleider... Wir haben jetzt mit Deutschunterricht begonnen.

Gab es viele Aktionen seit eurer Ankunft in Berlin?

Als erstes die Besetzung des O-Platzes. Das war ein sehr großes Ereignis. Daraufhin, am 13., hatten wir eine große Demo am Brandenburger Tor. Fast 7000 Menschen unterstützten unseren Streik. Dann am 15. Oktober besetzten wir die nigerianische Botschaft und protestierten gegen die Zusammenarbeit der nigerianischen mit der deutschen Regierung in Koalition mit Frontex, die darauf abzielt, Menschen überall in Europa zurück nach Afrika oder Asien abzuschicken. Am 24. traten manche unserer Genossen in den Hungerstreik am Brandenburger Tor. Am 27. hatten wir eine Demo in Waßmannsdorf. Wir haben verschiedene Dinge organisiert. Wir haben die iranische Botschaft besetzt, am 10. Dezember haben wir das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen besetzt, wir sind zur Ausländerbehörde gegangen. Außerhalb von Berlin sind wir nach Rostock, Bielefeld und Dessau gegangen. Wir haben die Schule besetzt. Das sind Aktionen.

Wie denkt die Gesellschaft über eure Aktionen?

Natürlich haben jene mit einer Kultur des Rassismus schlechten Einfluss und eine schlechte Sichtweise auf unsere Aktionen, aber jene mit guten Ansichten unterstützen uns und sind interessiert an dem, was wir tun. Diese zwei Sorten von Menschen gibt es. Die Konservativen und die Vernünftigen, Einsichtigen.

Was berichten die Medien über euren Protest?

Manche mögen uns. Es gibt diese zwei Sorten Menschen, wie ich bereits erwähnte. Viele Medien haben viel dafür getan, uns schlecht zu reden, aber manche Medien haben es geschafft, die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen und sie wissen zu lassen, worum es beim Flüchtlingsprotest geht, was er bedeutet, was er ist.

Wie reagiert die Regierung?

Die Reaktion der Regierung ist immer noch negativ. Wir erwarten und versprechen uns nicht viel von der Regierung. Aber das macht uns nichts, denn wir wissen alle, dass sich nichts ändern und nichts für uns getan wird, weil das ihre Absicht ist. So, wie sie uns behandeln, das ist gewollt, es ist geplant. Also was erwartet ihr? Während unseres Protests konzentrieren wir uns auf die Öffentlichkeit und darauf, sie auf unsere Situation aufmerksam zu machen. Nicht die Regierung, sondern die Öffentlichkeit. Es kümmert uns also nicht, ob die Regierung bereit ist zuzuhören oder nicht, das ist deren Sache. Genauso wie es unsere Angelegenheit ist, unseren Ärger an die Öffentlichkeit zu bringen und sie all die Lügen ihrer Regierung wissen zu lassen. Deshalb sind wir aus dem Schweigen, der Angst und der Isolation ausgebrochen und auf die Straße gegangen. Um Zugang zur Öffentlichkeit zu bekommen. In den Lagern gibt es keinen Zugang. Die Menschen haben Angst. Unsere Stimmen sind eingesperrt. Aber während des Protests waren wir erfolgreich. Unsere Stimmen sind nun befreit. Wir haben nicht alle Deutschen erreicht, aber außerhalb der Grenzen, landesweit, weltweit, wissen sie jetzt, was in Deutschland mit Flüchtlingen und Migranten passiert. Darauf konzentrieren wir uns. Die Öffentlichkeit zu erreichen, Zugang zu ihr zu haben. Und unsere Stimmen in die gesamte Gesellschaft zu tragen.

Was ist mit dem Flüchtlings-Streik-Haus in der Ohlauerstraße in Berlin-Kreuzberg?

Es macht keinen Unterschied, wo die Flüchtlinge bleiben oder schlafen oder streiken, ob in der Ohlauerstraße oder am O-Platz. Wir sind die gleichen. Der einzige Unterschied ist, dass in der Ohlauerstraße ein Gebäude ist, am O-Platz Zelte. Vielleicht macht das einen Unterschied. Aber wir sind die gleichen Menschen. Wir sind von hier und gingen dann zur Ohlauerstraße. Hauptsächlich ist in der Ohlauerstraße Platz zum Schlafen, ein warmer Platz. Aber wir planen alles von hier. Die gleichen Menschen, die in der Ohlauerstraße schlafen, sind die Menschen, die hier Aktivitäten planen, also macht es keinen Unterschied. Es ist eine Ausweitung unseres Protestes am O-Platz.

Wie ist die Situation der Proteste in anderen Ländern?

Unsere Bewegung unterstützt internationale Proteste. Nur in den letzten paar Monaten haben wir unseren Schwerpunkt auf unseren Protest hier gelegt, weil wir als erstes die Öffentlichkeit und die Bürger in Deutschland von unserer Situation wissen und uns verstehen lassen wollten, bevor wir die internationale Kampagne starteten. Aber im Dezember sendeten wir unsere Solidarität zu den Flüchtlingen in verschiedenen Gebieten. Vor allem in Österreich, Wien, koordinieren wir uns mit ihnen. Wir waren bei ihnen, als sie ernste Probleme hatten am 20. Dezember letzten Jahres, als die Polizei ihre Zelte räumte.

Auch davor, als sie auf die Straße gingen, sendeten wir ihnen unsere solidarischen Grüße und Ermutigungen, weil sie die Idee von hier haben und wir die Menschen sind, die sie ermutigten, auf die Straße zu gehen. Wir sind auch solidarisch mit den Flüchtlingen in Frankreich, Polen, Amster-



dam und Dänemark. Auch in Griechenland versuchen wir uns mit ihnen zu koordinieren und sie dazu zu ermutigen, die Zelte aufzuschlagen. Nicht nur in Europa, auch darüber hinaus, in Afrika, versuchen wir uns zu koordinieren, vor allem mit den Aktivist:innen, die für die Rechte der Flüchtlinge kämpfen und wir versuchen auch, die Flüchtlinge selbst zu kontaktieren, wie in Nigeria, Sudan, Mali, Senegal und Kongo. Wir versuchen abzusehen, wie wir unsere Solidarität ausweiten können.

Möchtest du zum Schluss noch etwas sagen?

Die Bewegung geht weiter. Wir protestieren weiter, bis wir unsere Ziele erreichen. Bis die Bundesrepublik Deutschland unsere Forderungen versteht und beantwortet. Aber der Protest geht solange weiter, wie sich nicht um unsere Forderungen gekümmert wird. Wir bitten um die Unterstützung der Medien und die der Öffentlichkeit. Und auch darum, dass die Medien und

die deutschen Bürger ihren Politikern beibringen, dass Bewegungsfreiheit das Recht jedes Menschen ist. Als Menschen sind wir betroffen. Wir haben gleiche Rechte und die gleiche Würde, welche die Bundesrepublik Deutschland respektieren muss, wie sie 1948 forderte und abstimmte und wo sie behaupteten, dass sie die Menschenrechte und -freiheiten respektieren. Also müssen sie darauf eingehen und realisieren, dass wir gleich sind, egal ob schwarz oder weiß, klein, groß, wir sind gleich, kein Unterschied. Also müssen sie uns so behandeln, wie sie selbst behandelt werden wollen, wenn sie glauben, dass wir Menschen sind.



Und Tschüss

Von Gentrifizierung und Repression



Gentrifizierung beschreibt den Prozess der Umstrukturierung eines Stadtviertels, welcher als Aufwertung zu betrachten ist. Sie bezieht sich explizit auf die damit einhergehende Veränderung der Bevölkerungsstruktur, welche unmittelbar als Verdrängung von ärmeren Bevölkerungsgruppen wahrnehmbar wird. Gentrifizierung umfasst verschiedene Aspekte, beispielsweise eine Aufwertung durch städtebauliche Maßnahmen wie Sanierungen von Wohnvierteln oder das Anlegen von Parkanlagen, welche dazu führen, dass ein Stadtteil an Attraktivität für andere (wohlhabendere) Bevölkerungsgruppen gewinnt und letztlich Stück für Stück einen kompletten Imagewandel eines Viertels herbeiführen kann. Dies zieht zugleich veränderte Eigentumsverhältnisse von Wohnraum bzw. eine Erhöhung der Mietpreise nach sich. Da sich diese verschiedenen Aspekte gegenseitig bedingen und verstärken, ist Gentrifizierung als ein fortlaufender und vielschichtiger Prozess zu betrachten, der nicht auf eine einzige konkrete Ursache herunter gebrochen werden kann.

Gerade in Berlin sind diese Prozesse seit einigen Jahren immer mehr zu beobachten, was schon seit längerem, aber gerade auch in jüngster Zeit einige Proteste mit sich zieht. Die Kampagne „Wir bleiben alle“ zeigt ganz gut, wie sich der

Widerstand von linken Projekten mit dem von einzelnen Mieter_innen koppeln lässt, was einfach verdeutlicht, dass die Thematik von breiterflächiger Relevanz ist. Betroffen sind wir alle, ob nun von hohen und steigenden Mieten, potenziellen Räumungen von Wohnungen, alternativen Projekten und Wagenplätzen oder von der Schwierigkeit, überhaupt einen Wohn- und Lebensraum in Berlin zu finden.

>> Es geht auch immer darum, städtischen Widerstand zu brechen<<

Ein wichtiger Aspekt bei der Betrachtung und Kritik von Gentrifizierungsprozessen ist der Zusammenhang mit sicherheitspolitischen Maßnahmen. Dies wird ganz konkret sichtbar, wenn dann z.B. eine Zwangsräumung, wie in der Luisenparkstr. 8 am 14.02.2013, von mehreren Einsatzhundertschaften der Polizei durchgesetzt wird. Aber auch auf andere Weise gehen mit den Umstrukturierungen des städtischen Raums Veränderungen einher, die nur mit einer Vielzahl von Überwachungstechniken so stattfinden können. Dies kann der Schutz von „gefährdeten“ Objekten wie z.B. Lofts, die ja gerne mal mit Farbe verschönert werden, durch private Sicherheits-

firmen, mehr Videoüberwachung, mehr Polizeistreife, oder ganz subtil durch einer veränderte Bauanordnung von Wohnanlagen sein. Denn z.B. weit einsehbare Anlagen werden nicht so gerne als Ort für kriminalisierte Handlungsweisen gewählt, wie Objekte, die in der Dunkelheit verschwinden.

Diese sicherheitspolitischen Veränderungen bringen dann oft ein im öffentlichen Diskurs unkritisch herauf beschwörtes Gefahrenpotenzial mit sich, das von bestimmten sozialen Gruppen in bestimmten Gebieten ausgehen soll. Dies sind dann konkret die Menschen, die am meisten von Gentrifizierungsprozessen betroffen sind und im Endeffekt weiter an den Stadtrand verdrängt werden und natürlich auch dort weiterhin überwacht werden müssen.

Letztlich bedeutet das, dass gerade auch Veranstaltungen wie der Polizeikongress, der zuletzt am 19./ 20. Februar 2013 in Berlin stattfand, durchaus in einem Kontext mit Gentrifizierungsprozessen steht, da es immer auch darum geht, städtischen Widerstand zu brechen. Aber dort hört es nicht auf. Auch der Refugee Protest, bei dem ebenfalls Raumaneynungen stattgefunden haben und immer wieder – gerade auch temporär in Form von Demonstrationen und Kundgebungen – stattfinden, steht in Verbindung mit Gentrifizierungsprozessen. Denn wenn mit Wohnraum große Profite zu machen sind, macht es aus kapitalistischer Logik heraus keinen Sinn, wenn dieser in Form von Wohnungen für Flüchtlinge „verpulvert“ wird. Was einfach zeigt, dass es im Kapitalismus nicht möglich ist, für alle Menschen gleichermaßen Räume zum Leben zu



finden. So stehen diese Prozesse im Zusammenhang von verschiedenen Privilegien, die manche Menschen auf Grund zugeschriebener Eigenschaften (bspw. Sozialer Stand; deutsche Staatsbürgerschaft usw.) entweder haben oder eben nicht. Menschen werden nicht mit ihren individuellen Bedürfnissen wahrgenommen, sondern in rentabel und unrentabel geteilt. Dies zeigt, dass Widerstand gegen Gentrifizierungsprozesse nicht vom Widerstand gegen Repression – sowohl generell, als auch in konkreten Situationen – zu trennen ist, denn das eine hängt immer auch mit dem anderen zusammen, was letzten Endes zeigt, dass auch die allgemeine Kritik an Verdrängung nicht bei den eigenen Erfahrungen mit dieser aufhören kann, sondern mit einer allgemeinen Kritik am kapitalistischen System und seiner Logik, welche eben im Ernstfall mit repressiven Maßnahmen durchgesetzt werden, einher gehen muss.

Und genau das sollten wir auch bei unserem Widerstand gegen Verdrängungsprozesse berücksichtigen: es sollte bewusst sein, dass wir früher oder später alle davon betroffen sind, weshalb eine umfassende Kritik, genauso wie eine umfassende Solidarisierung, notwendig ist. Dies bedeutet auch, dass wir uns nicht spalten lassen sollten, egal ob Refugees, Wagenplatzbewohner_innen, Mieter_innen, linke Aktivist_innen oder Wohnungslose/-suchende!

Die Repression und Spaltung funktioniert nämlich genau an dem Punkt, wo unkritisch die öffentliche Berichterstattung übernommen



Demonstration zum Erhalt des Köpi-Wagenplatzes am 21. Februar 2013

wird, wo „friedlicher“ und „militanter“ Widerstand völlig unterschiedliche Assoziationen in den Köpfen produzieren und Vorstellungen von legalem („gutem“) und illegalem („bösem“) Widerstand reproduziert werden. Dass diese Trennung aber nur eine künstliche ist, wird dabei kaum deutlich. Denn was ist friedlich und was militant? Wenn wer eine Zwangsräumung blockieren will, dort von der Polizei abgedrängt, mit Reizgas zugenebelt und verprügelt wird, wer ist dann friedlich, wer ist gewalttätig und wo fange ich als davon Betroffene_r an, anders zu reagieren als ich eigentlich gerne wollte?

Auch wenn man gewisse Aktionsformen nicht gutheißt mag, was auch durchaus in Ordnung ist, sollte man sich bewusst sein, worin diese ihren Ursprung haben und sie damit zumindest als legitim betrachten.

Gegen Verdrängung und das was sie möglich macht: gegen das kapitalistische System und die staatliche Repression! Für einen breiten vielseitigen Widerstand!



Die Geschichte und ihre Deutungsmöglichkeiten



Am Anfang wollen wir gerne klären, warum uns der Punkt Revisionismus, und hierbei „der Geschichtsrevisionismus“, besonders wichtig ist. Ausschlaggebend für die Behandlung des Themas waren für uns unter anderem unsere Erfahrungen mit diversen rechten Großveranstaltungen wie zum Beispiel der jährlich stattfindende Trauerzug der Nazis durch Dresden am 13. Februar, so wie mittlerweile auch in zahlreichen anderen Städten. Auf eine ausführliche Auflistung wollen wir jedoch

bewusst verzichten, da wir die Gemeinsamkeiten der neofaschistischen Veranstaltungen und die gesellschaftliche Herangehensweise an die Geschichte analysieren wollen.

Um den Begriff des Geschichtsrevisionismus zu verdeutlichen, wollen wir uns unter anderem an der Erinnerungspolitik zum Nationalsozialismus orientieren, wir halten es – auch wenn es weit mehr an Beispielen für Geschichtsfälschung gibt – für einen sehr gut geeigneten Einstieg in die Auseinandersetzung, da das Thema in vielen Kreisen an Bedeutung gewinnt. Da eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Geschichtsrevisionismus und der angrenzenden Themenfelder Geschichtsrelativie-

rung und -fälschung, sowie deren Abgrenzung untereinander viel Raum und Zeit bedarf, haben wir beschlossen, das Thema in einer fortlaufenden Reihe in der Brennpunkt zu behandeln. Im ersten Teil der Reihe „Die Geschichte und ihre Deutungsmöglichkeiten“ möchten wir zunächst einmal erläutern, was uns überhaupt zur Auseinandersetzung mit dem Thema antreibt und grundlegende Begriffe, die in diesem Kontext wichtig für das Verständnis sind, erklären. Außerdem folgt dann noch ein einführendes Beispiel, das für uns recht gut die Funktionsweise von Geschichtsrevisionismus verdeutlicht. Das Beispiel handelt von dem in den Medien so sehr gefeierten Graf Stauffenberg und seinem heldenhaften Versuch, das

deutsche Reich vom Joch des Nationalsozialismus zu befreien. In den nächsten Ausgaben der Brennpunkt folgen dann weitere ausführlichere Beispiele.

Ein Grund für den mehr oder weniger zu bezeichnenden Erfolg des rechten Treibens scheint in der gesellschaftlichen Praxis, also im Umgang mit dem Thema selbst, zu liegen.

So zelebrieren die Städte und ihre Bürger_innen ihre ganz eigenen Trauerveranstaltungen, um den Toten des Zweiten Weltkrieges zu gedenken. Im besten Fall distanziert sich die "bürgerliche Mitte" von den parallel stattfindenden und teilweise enorm mobilisierenden Gedenkveranstaltungen der Nazis. Dies geschieht leider ganz im Trend der sogenannten "Extremismustheorie", so wettern sie meistens eben auch gegen einen vorgegebenen Linksextremismus. Dabei wird der notwendige antifaschistische Widerstand kriminalisiert und eine geläuterte Nation vorgetäuscht. Die Nazis können sich auf demokratische Rechte berufen und der Staat schützt diese eben auch für demokratiefeindliche Faschist_innen, welche nicht nur den Toten aus dem Zweiten Weltkrieg gedenken, sondern sich auch ganz klar positiv auf den Nationalsozialismus mit all seinen Facetten beziehen. Notfalls mit aller staatlicher Gewalt!

Hierbei wird zu Gunsten der Nazis und ihrer Sympathisant_innen eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zumeist nicht oder nur oberflächlich geführt. Konsequenz der aufgeführten Praxis ist eine Ausblendung des Holocausts, des angezettelten zweiten Weltkrieges, der Euthanasie, der Zwangsarbeit, der Zwangssterilisierungen und vieler weiterer Verbrechen gegen die Mensch-



Praktisches Beispiel für verfälschte Geschichte: Paul von Lettow-Vorbeck. Als General diente er sowohl unter Kaiser Wilhelm II., als auch unter Hitler. Er war unter anderem an der blutigen Niederschlagung des Boxeraufstandes 1900 in China und am Genozid an den Herero im damaligen Deutsch-Südwestafrika beteiligt. Von offizieller Seite wird dies ausgeblendet und ihm nur aufgrund seiner militärischen Leistungen gedacht. So tragen zahlreiche Straßen, Kasernen und Schulen seinen Namen.

heit. Der von Deutschland bejubelte totale Krieg, von Deutschland ausgelöst und von der Mehrheit gestützt, scheint bewältigt. Die menschenverachtenden Ideologien einer künstlich konstruierten "völkischen" Gemeinschaft, aufbauend auf Selektion und Ausgrenzung finden immer noch in weiten Teilen der Gesellschaft Anklang.

Von diesem Standpunkt betrachtet ist es natürlich interessant zu sehen, wem Geschichte nützt und wie sich aus einer willkürlichen Interpretation – hier als Opfer des Zweiten Weltkrieges – eine ganz neue Deutungsmöglichkeit der Ereignisse ergibt.

Eine neue Nation, eine neue Geschichte, aber immer noch die gleiche Ideologie. Auch wenn der Faschismus in Form des NS überwunden zu sein scheint, sehen wir nach wie vor betrübt einer Zukunft entgegen, in der sich die Menschen mit einer Nation, einem Volk, etc. identifizieren

und mit (vermeintlich) anderen Menschen aber mit gleichen Ideologien und Konstrukten konkurrieren.

Kurz gesagt: Wenn die Menschen jeder Nation glauben, sie seien die beste Nation, ständig der Konkurrenz ausgesetzt, fragen wir uns ernsthaft, wo das hinführen soll.

Trotz der Kriminalisierung von antifaschistischen Protesten haben engagierte Menschen es sich nicht nehmen lassen, gegen die menschenverachtende Ideologie der Nazis zu protestieren, so findet die Auseinandersetzung der Geschichte nicht mehr nur im Stillen und Heimlichen statt, sondern führt zu einer positiven Hinterfragung der Vergangenheit und ihrer Zusammenhänge. Im Fokus stehen lange nicht mehr nur die Nazis, sondern eine generelle Infragestellung der Zusammenhänge.

Darum haben wir uns entschlossen, dem Thema auch langfristig in den nächsten Brennpunktausgaben genügend Raum zu geben, um Geschichte, ihre Mechanismen und ihre Auswirkung zu diskutieren. Dabei soll es eben nicht nur um die Geschichte des NS gehen, sondern auch um die eigene Geschichte. Verklärte Persönlichkeiten wie z.B. Mahatma Gandhi stehen ebenso auf unserer Liste wie der Hype um die Alliierten, wenn es um den Protest gegen faschistische Gedenkveranstaltungen geht. Geschichte ist lang, vielseitig und meistens voller Widersprüche. Es geht uns um die Frage, ob ein libertärer Sozialismus wirklich gescheitert ist, weil die Geschichte anscheinend lehrt, dass der Sozialismus in Form des "Realsozialismus" (oder Kommunismus genannt), ihre Chance hatte, versagte, und deshalb eine Welt ohne Ausbeutung grundsätzlich nicht mehr diskutierbar sei. Wir wollen weder einen starken autoritären Sozialismus wie ihn die Menschen z.B. in der DDR ertragen mussten, noch eine aussichtslose Zukunft im Kapitalismus. Den Faschismus, sollte er als dritte Variante von gesellschaftlicher Organisation aufgelistet werden, wollen wir mit allem was wir haben bekämpfen. Denn: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Für uns gilt der Kampf gegen jedes herrschende System, egal welche Farbe es trägt. Es geht ums Ganze !!!

Geschichte

Bezeichnet im allgemeinen Sinn alles, was geschehen ist. Im engeren Sinne ist Geschichte die Entwicklung der Menschheit, weshalb auch von Menschheitsgeschichte gesprochen wird (im Unterschied etwa zur Naturgeschichte). In diesem Zusammenhang wird Geschichte gelegentlich synonym mit Vergangenheit gebraucht. Daneben bedeutet Geschichte aber auch die Betrachtung der Vergangenheit im Gedenken, im Erzählen und in der Geschichtsschreibung. Schließlich bezeichnet man mit Geschichte auch das Schulfach Geschichte, das über den Ablauf der Vergangenheit informiert und einen Überblick über Ereignisse der Welt-, Landes-, Regional-, Personen-, Politik-, Religions- und Kulturgeschichte gibt.

Geschichtsschreibung

Bezeichnet die Darstellung von geschichtlichen Ereignissen. Die moderne Geschichtsschreibung mit wissenschaftlichem Anspruch gehört zur Geschichtswissenschaft und definiert den Begriff „Geschichtsschreibung“ als „sprachliche Vermittlung historischer Erkenntnis“. Geschichtsschreibung liegt immer dann vor, wenn historische Ereignisse schriftlich festgehalten werden, also auch dann, wenn den Darstellungen kein heutiges Verständnis von Wissenschaftlichkeit zugrunde liegt. Geschichtsschreiber wählen das Erwähnenswerte nach Kriterien, die von ihrem Geschichtsbegriff her beeinflusst und konnotiert sind. Der Blick auf Geschehenes, historische Verhältnisse und Strukturen durch Geschichtswissenschaftler ist stets Wandlungen unterworfen, die allgemeinverbindliche Definitionen erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Auch eine wissenschaftliche Geschichtsschreibung wählt historische Daten nach letztlich subjektiven oder ideologischen Kriterien aus, stellt sie neu dar, ordnet und deutet sie und kann somit nie neutral sein. Jeder Geschichtsschreiber schlägt notwendig eine Interpretation der Vergangenheit vor und postuliert zu diesem Zweck Kausalitäten und Zusammenhänge.

Kurz gesagt: Welche wissenschaftliche Erkenntnisse man aus einer Historischen Quelle gewinnen kann, hängt von der subjektiven Fragestellung des Untersuchenden ab.



Stauffenberg: Nazigegner und Held der Geschichtsschreibung?



Wer kennt ihn nicht? Den deutschen Helden Graf von Stauffenberg und sein bombastisches Attentat vom 20. Juli 1944 auf Hitler und somit gegen die Verbrechen des Nationalsozialismus (im Folgenden NS). Die Geschichtsbücher sind voll von Lobpreisungen des deutschen aristokratischen Militärhelden. Selbst mehrere (Kino-) Filme wurden ihm und seinen Taten gewidmet. Zuletzt "Operation Walküre – das Stauffenberg Attentat" unter der passenden Regie des Superhelden Regisseurs Bryan Singer. Immerhin beweist Stauffenbergs selbstlose Tat, dass nicht alle der (herbei gesponnenen) Ohnmacht und Alternativlosigkeit des NS-Regimes unterlegen waren. Ein romantisches deutsches Märchen wie es besser nicht sein könnte...

Leider bestimmt dieses Märchen auch den führenden Diskurs der deutschen Erinnerungspolitik. Stauffenberg wird nur zu gerne herbei zitiert, wenn es darum geht, dass nicht alle Deutschen im NS moralisch versagt hätten, im Speziellen nicht das Militär. In den jährlichen Gedenkreiden zur (Militär-) Feier des 20. Juli 44 ist diese Tendenz wie ein roter Faden zu erkennen. So lohnt sich beispielsweise ein Blick in die im Jahr 1992 gehaltene Rede von Wolfgang Schäuble, in welcher er als Einleitung den Attentäter_innen des 20. Juli dankt, denn: „Sie gaben ihr Leben, um Deutschland zu befreien – wenn schon nicht von Hitler, dann wenigstens von der Schande, die diese Barbaren über unser Vaterland gebracht haben“².

Exemplarisch lässt sich an benannter Rede ableiten, was die eigentliche Intention an das Gedenken Stauffenbergs ist. Herrn Schäuble gelingt es nämlich auf 143 Zeilen nicht, den Holocaust oder die industrielle Ermordung von Menschen auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Viel mehr verfolgte das Attentat wohl (nachträglich) ausschließlich den Zweck, Deutschland als Wirtschaftsstandort frei und fern jedweder Schuld in der Welt präsentieren zu können. Herr Schäuble ist an dieser Stelle bei Weitem nicht der einzige, der in seiner Gedenkrede auf den entlastenden Charakter des Attentates hinweist. Somit leistet das Attentat vom 20. Juli 1944, als vehementer Teil deutscher Gedenkkultur, einen aktiven Beitrag um einen weiteren Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit

zu setzen. Von größerer Bedeutung ist an dieser Stelle jedoch die Frage, ob ein ('Helden-') Gedenken zu Ehren der Attentäter_innen des 20. Juli 1944 überhaupt angebracht ist. Das Hitlerattentat wird im Allgemeinen (und im Speziellen in den Geschichtsbüchern) mit dem Versuch gleichgesetzt, mit dem faschistischen NS-System zu brechen und statt dessen eine menschlichere, demokratische Ordnung zu etablieren. Ob dies wirklich der Motivation der Attentäter_innen entspricht, welche immerhin jahrelang zur Elite eines völkisch nationalen,

antisemitischen System gehörten, ist jedoch fraglich.

Erwiesen ist mittlerweile jedoch die Eignigkeit des 'unpolitischen' Militärs und des NS-Regimes in mehreren politisch reaktionären Punkten:

1. Das Militär, in Form von Wehrmacht (und damit ehemalige Reichswehr der Weimarer Republik), unterstützte den Bruch mit dem als illegitim und demütigend empfundenen Vertrag von Versailles. Dies wurde bereits offenkundig

Geschichtsrevisionismus

Der Begriff Revisionismus (lat. revidere „wieder hinsehen“) bezeichnet Versuche, eine als allgemein anerkannt geltende Erkenntnis oder Position nochmals zu überprüfen, in Frage zu stellen, neu zu bewerten oder umzudeuten. Der Begriff wird sowohl von den Befürworter_innen als auch von den Gegner_innen solcher Revisionen benutzt. Revision wird als Begriff seit dem 16. Jh. als Rechtsmittel vor Gericht und in der Wirtschaft zur Überprüfung von Unternehmensvorgängen verwendet. Seit Ende des 18. Jh. findet Revision auch in politischem Kontext Verwendung.

Als Geschichtsrevisionismus bezeichnet mensch Versuche, ein wissenschaftlich, politisch und gesellschaftlich anerkanntes Geschichtsbild zu revidieren, indem bestimmte Ereignisse wesentlich anders als in der gegenwärtigen Geschichtswissenschaft erklärt und/oder gedeutet werden.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland Pfalz beschreibt Geschichtsrevisionisten folgendermaßen:

>>Geschichtsrevisionisten versuchen, die Geschichte umzuschreiben bzw. in ihrem Sinn umzudeuten. Historische Tatsachen werden verdreht, abgestritten, umgedeutet oder ignoriert. Häufig versuchen diese "Geschichtsexperten", die Glaubwürdigkeit ihrer Behauptungen durch fadenscheinige "wissenschaftliche" Beweise zu erhöhen oder sie werten sich selber als "anerkannte" Wissenschaftler auf.<<

Im Grunde haben sie recht. Allerdings wird hier implizit von einer Korrektheit und Objektivität der Geschichtsschreibung der westlichen Welt ausgegangen, welche wir in Frage stellen. Die Umdeutung der Geschichte kann in verschiedenen Facetten auftreten. Von Relativierungen durch Personen ("Es war nicht alles schlecht unter Hitler" / "Die Autobahnen sind doch super") bis hin zur Objektivierung subjektiver Interpretationen, welche inzwischen Geltungsanspruch besitzen, z.B. nach dem Motto "die Sieger schreiben die Geschichte". Da Geschichtsschreibung immer auch kritisch hinterfragt werden sollte, erweitern wir die Definition von Geschichtsrevisionismus für uns um einige Aspekte, die ansonsten eher der „Geschichtsfälschung“ anzurechnen sind.

Der Duden definiert Geschichtsfälschung folgendermaßen:

„Geschichtsfälschung, die: verfälschende, bewusst falsche Darstellung eines geschichtlichen Ereignisses“

Diese Bewusstheit ist im Begriff des Revisionismus nicht zwingend gegeben, wird aber auch nicht ausgeschlossen. Die subjektive Interpretation von einigen Quellen, oder das Nichtbeachten anderer, werden in beiden Bereichen verwendet. Den Aspekt des „Geschichte aus dem Nichts erfinden“, welcher auch unter Geschichtsfälschung fällt, trennen wir vom Begriff des Geschichtsrevisionismus.

Wichtig ist uns, dass nicht nur Nationalsozialist_innen und Sektenmitglieder Geschichtsrevisionismus in diesem Sinne betreiben, sondern dieser auch als Herrschaftsinstrument Verwendung findet und facettenreich eingesetzt wird.

Die Motive dahinter sind vielseitig. Wir wollen uns hauptsächlich auf Geschichtsrevisionismus mit politischem Motiv beschränken.

zu Zeiten der Weimarer Republik bekundet, da der Vertrag von Versailles dem Militär massive Einschränkungen aufzwang.

2. Nach dem Bruch mit dem Versailler Vertrag verfolgten sowohl NS als auch das Militär das gemeinsame Ziel der Aufrüstung.

3. Somit sollte ein wieder gestärktes Militär unter Führung Adolf Hitlers die deutschen Außengrenzen schützen und sichern.

4. Letztlich beriefen sich Militär und NS gleichermaßen auf den von Kaiser Wilhelm geprägten Begriff des Lebensraums im Osten und den in seinen Augen berechtigten Anspruch Deutschlands auf entsprechende osteuropäische Gebiete.

Bereits diese vier Punkte belegen eine symbiotische Schnittmenge zwischen den Zielen der deutschen Militärtradition und denen des Nationalsozialismus. Somit stand das Militär dem NS keineswegs neutral und unpolitisch gegenüber, sondern befürwortend in Ideologie und politischer Zielsetzung. Stauffenberg und seine Mitattentäter_innen vertraten als Teil dieser Militärtradition benannte Ziele und Ideologien bis zuletzt. Die 'Befreiung' Deutschlands durch das Attentat muss aus militaristischer Sicht nicht zwangsläufig als ein „Akt der Menschenwürde“⁴ verstanden werden, sondern ist auch als militär-strategischer Putsch zur Sicherung weiterer militärischer Ressourcen durchaus denkbar.

Soll heißen: Als bekennender völkisch nationaler Stabschef und Befehlshaber des Einsatzheeres wollte Stauffenberg durch das Attentat lediglich den ohnehin bereits verlorenen Krieg gegen die alliierten Mächte verkürzen und eigene militärische Ressourcen schonen. Dies erklärt auch der personifizierte Charakter des Attentates. Wenn Hitler fehlerhafte Kriegspolitik betrieb, musste er eben beseitigt werden. Hätten die Attentäter_innen das NS-System als solches abgelehnt, hätten sie vielleicht auch weniger riskante Versuche unternommen dies zu sabotieren.

Die ausgearbeiteten Verhandlungsbedingungen (nach gelungenem Attentat) bestätigen dies. Demnach wollten die Attentäter_innen mit den Westalliierten einen Waffenstillstand aushandeln, um nach dem Tod Hitlers den Krieg (teilweise) zu beenden. Bedingungen für einen vorläufigen Waffenstillstand waren (1.) die Aufgabe der Invasionspläne, sprich die Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Westalliierten. Parallel hierzu wurde jedoch (2.) das Recht auf Verteidigung im Osten eingefordert. Der Krieg gegen die Sowjetunion sollte also fortgesetzt werden. Weiter forderten die Attentäter_innen nach der (gescheiterten) Machtübernahme des NS (3.) mit „den Verbrechern am Volk“ eigenständig abrechnen zu können. Die Täter_innen des NS sollten hierbei also durch ihre eigenen unbehelligten Reihen zur Rechenschaft gezo-



„Hier starben für Deutschland...“ - Gedenktafel für die Attentäter des 20. Juli

gen werden. Zu guter Letzt sollte (4.) das so genannte 'Sudetengebiet' (also Teile der ehemaligen Tschechoslowakei, Deutschland und Österreichs) weiterhin zum neuen Großdeutschen Reich gehören.

Bereits diese Verhandlungskonfessionen entfernen Stauffenberg und die Attentäter_innen des 20. Juli 44 von dem glorifizierten Heldenbild der Menschlichkeit und entlarven sie als aktive Mitgestalter_innen eines (anderen) nationalsozialistischen Großdeutschen Reiches. Und somit als völkisch nationale, antisemitische und antibolschewistische Träger_innen der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Daher sollte man Stauffenberg nicht einseitig und unhinterfragt beäugen, sondern ruhig mal die Augenklappe abnehmen und über den Tellerrand hinausschauen, ehe man ihn blindlings als Helden feiert. Eine solche Sicht der Dinge hätte Stauffenberg und der nachträglichen Geschichtsschreibung sicherlich ebenfalls gut getan.

1 „Es geschah am 20 Juli“ von G. W. Pabst (1955); „20 Juli 1944“ Falk Harnack (1955); „Operation Walküre – Das Stauffenberg Attentat“ Bryan Singer (2008)

2 Vgl. Schäuble, W. (1992) 'Ihr Opfer blieb nicht vergeblieh' Rede zum 20 Juli 1944 20-Juli-44.d2

3 Vgl. Müller, K. (1986); 'Armee, Politik und Gesellschaft in Deutschland 1933 – 1945 – Studien zum Verhältnis von Militär und NS-System' Schöningh Paderborn (Verlag); S 11 – 50

4 Vgl. Wulff C. (2008) 'Widerstand im Nationalsozialismus: Vermächtnis und Zukunftsauftrag'; Konrad Adenauer Stiftung; S. 1

5 Vgl. Stauffenberg; 'Bedingungen mit der Feindseite zu verhandeln'; in Scheurig; 'Deutscher Widerstand 1938 – 1944' Deutscher Taschenbuchverlag; 1969; S. 227 ff.

GÄIDÄO

Einen anderen Weg gehen



Die monatliche Zeitschrift des Forums deutschsprachiger Anarchist_innen bietet einen Querschnitt aus anarchistischer Theorie und Praxis, auf lokaler und internationaler Ebene.

Alle Ausgaben, sowie Informationen zum gedruckten Abo online unter:
www.fda-ifa.org/gaidao



Anzeige

Wir verstehen uns emanzipatorisch, antinational und antikapitalistisch

Wir als Anarchistische Gruppe Neukölln (AGN) sehen uns als Teil einer undogmatischen Linken. Der Bezug zu Neukölln soll hierbei nicht in einem patriotischen, identitätsstiftenden Zusammenhang verstanden werden, uns eint einfach nur überwiegend der Lebensraum Neukölln.

Als Teil der anarchistischen Bewegung wollen wir aktiv an der radikalen Umgestaltung bestehender sozialer Verhältnisse arbeiten. Das bedeutet für uns unter anderem, den Diskriminierungsmechanismen, welche durch die kapitalistische Hegemonie hervorgebracht und ständig reproduziert werden, entgegen zu wirken. Diskriminierung aufgrund der Herkunft, des Geschlechts, der Sexualität, der Hautfarbe, des Körpers im Allgemeinen, des Glaubens, der allgemeinen ökonomischen und sozialen Situation und jeglicher weiterer Kategorisierung lehnen wir daher entschieden ab. Losgelöst von der Quantität dieser Diskriminierungsformen sehen wir in selbigen qualitativ (also im subjektiven Erleben der Betroffenen) keinen Unterschied und stellen diese Mechanismen daher auf eine Stufe.

Zudem sehen wir uns als anarchistische Gruppe antiautoritär und antinational. Wir sehen in Gesetzgebung, Bürokratisierung und Zwang durch das staatliche Gewaltmonopol die Festigung und aktive Ausübung kapitalistischer und menschenfeindlicher Mechanismen und Zusammenhänge. Unserer Auffassung nach sind Staaten und die damit einhergehenden Gemeinschaften willkürliche Konstrukte, denen wir mit all ihren gesetzlich definierten Ausgrenzungs- und Unterdrückungsprozessen ablehnend gegenüber stehen. Wir lehnen es ab, politische Verantwortung von unten nach oben zu delegieren, wir halten nichts von Parteien und anderen autoritären Organisationsmodellen. Wir lehnen Hierarchie und Bevormundung ab. Stattdessen setzen wir auf Selbstbestimmung und Solidarität.

Der Mensch ist ein soziales Wesen, das in der Lage wäre sein Leben ohne Herrschaft selbst zu bestimmen. Dies bedeutet, dass ein soziales Miteinander ohne Leistungszwänge und Konkurrenzdruck möglich und entsprechende davon befreite Gesellschaftsformen realisierbar sind.

Bildung sehen wir in diesem Zusammenhang als einen Schlüssel zur Änderung der bestehenden Verhältnisse. Mit Bildung meinen wir jedoch nicht nur ausschließliches Bücherwissen, sondern auch bildende Alltagsstrukturen zur solidarischen Vernetzung und direkten Hilfe. Unseren Fokus richten wir daher auf Bildungsarbeit im oben definierten Sinn, sprich das Verfassen und Zugänglichmachen von Texten und Informationen und das Schaffen und Solidarisieren mit (alltags-)revolutionären Strukturen.

Aber Bildung wie auch die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse (Essen, Wohnraum, Gesundheit, etc.) hängen von finanziellen Mitteln ab und sind daher eher Privileg als ein Standard. Andere Bedürfnisse wie Mobilität, Bewegungsfreiheit, Teilhabe an Kultur und selbstbestimmte Lebensgestaltung werden ebenfalls durch die herrschenden sozialen Verhältnisse eingeschränkt. Jedes Bedürfnis zur eigenen Erhaltung wird somit unter kapitalistischen Bedingungen dem Zwang ausgesetzt, dafür einen Gegenwert zu liefern.

In der Konsequenz heisst das für uns, sich kritisch mit gesellschaftlichen Normalitäten auseinanderzusetzen, also auch das, was im Alltag unbewusst ständig reproduziert wird auf seinen Zweck bzw. Sinn hin zu reflektieren. Denn gerade unbewusste Denk- und Handlungsmuster machen unterdrückende Verhältnisse weiterhin möglich.

Uns ist es dabei wichtig, Diskussionen über die eigenen linksradikalen Szenekreise hinaus anzustoßen und diese solidarisch zu führen. Von elitär geschlossenen Gruppenzusammenhängen distanziert sich die AGN insofern, dass wir die libertär befreite Gesellschaft für alle Menschen möchten und nicht nur für einen linksalternativen Personenkreis.



Veranstaltungen und Termine

- **12.04.2013:** Radiotresen in der Erreichbar – Monatsrückblick des anarchistischen Radios Berlin anhören mit lecker Brunch | Erreichbar, Reichenbergerstr. 63A (Hinterhof) | Beginn 21 Uhr
- **15.04.2013:** Tresen des Belarus Solikreis Berlin mit Vokü und Programm | Kadterschmiede, Rigaerstr. 94 | Beginn 21 Uhr
- **16.04.2013:** Vokü in der F54 | Friedelstraße 54 | Beginn 21 Uhr
- **17.04.2013:** Slowenien Infoveranstaltung | NewYorck, Mariannenplatz 2a | Vokü 19 Uhr, Beginn 20 Uhr
- **19.04.2013:** Tresen des Belarus Solikreis Berlin mit Vokü und Programm | Zielona Gora, Grünbergstr. 73 | Beginn 20 Uhr
- **25.04.2013:** Donnerstag Belarus Infoveranstaltung | NewYorck, Mariannenplatz 2a | Vokü 20 Uhr, Beginn 21 Uhr
- **26.04.2013:** Belarus Soliparty mit Cocktailstand der AGN | NewYorck, Mariannenplatz 2a | Beginn 22 Uhr
- **01.05.2013:** Mittwoch libertäre 1. Mai-Demo in Dresden
- **10.05.2013:** Radiotresen in der Erreichbar – Monatsrückblick des anarchistischen Radios Berlin anhören mit lecker Brunch | Erreichbar, Reichenbergerstr. 63A (Hinterhof) | Beginn 21 Uhr
- **20.05.2013:** Tresen des Belarus Solikreis Berlin mit Vokü und Programm | Kadterschmiede, Rigaerstr. 94 | Beginn 21 Uhr
- **21.05.2013:** Vokü in der F54 | Friedelstraße 54 | Beginn 21 Uhr
- **25.05.2013:** Solitresen für die anarchistische 1. Mai-Demo in Dresden | Erreichbar, Reichenbergerstr. 63A (Hinterhof) | Beginn 21 Uhr

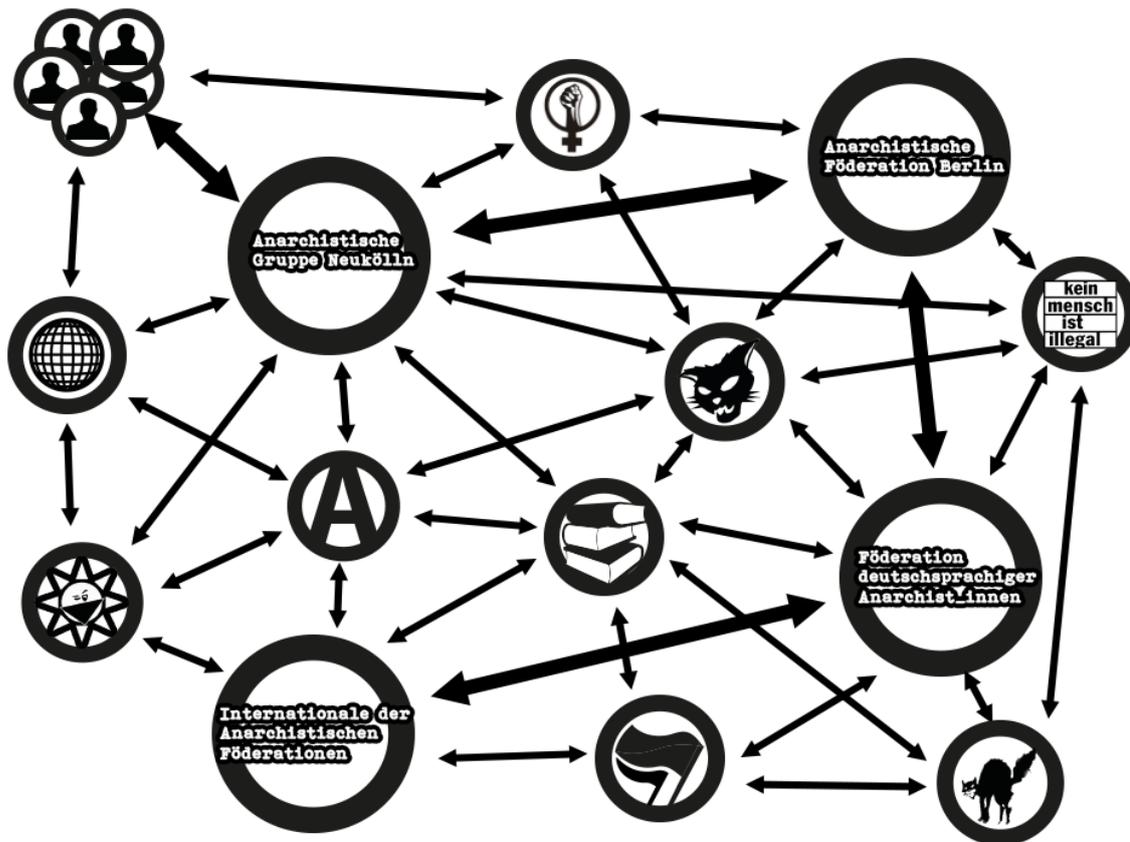
Mehr Termine findet ihr im Stressfaktor-Kalender:

www.stressfaktor.squat.net



Get connected

Allein machen sie dich ein:



Weil Arbeit zu zweit nur halb so lange dauert & wir gemeinsam mehr erreichen können als alleine, sind wir als Individuen Teil der Anarchistischen Gruppe Neukölln und anderer Strukturen, Kämpfe und Projekte. Als Gruppe sind wir Teil der Anarchistischen Föderation Berlin - einem Zusammenschluss verschiedener Berliner Menschen und Gruppen - und darüber Mitglied in der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen und der Internationalen der Anarchistischen Föderationen, ebenfalls solche Zusammenschlüsse, nur auf größerer geografischer Ebene. All diese arbeiten wiederum mit ganz verschiedenen Orgas und Projekten zusammen, die sich auch untereinander unterstützen.

Alles in Allem also ein wunderbares, weitverzweigtes Netzwerk, um gemeinsam zu diskutieren, zu lernen und zu kämpfen.

Kontakt:

Anarchistische Gruppe Neukölln

Mail: agn-berlin@riseup.net
Web: www.ag-neukoelln.org

Anarchistische Föderation Berlin

Mail: afb@riseup.net
Web: www.afb.blogsport.de

Föderation deutschsprachiger Anarchist_innen

Mail: fda-organisation@riseup.net
Web: www.fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen

Mail: secreteriat@i-f-a.org
Web: www.i-f-a.org

*Niemand kann frei sein,
solange es nicht alle sind.*

Erich Muhsam



anarchistische gruppe



www.ag-neukoelln.org | agn-berlin@riseup.net